

Steinbruch-Modernisierung verzögert

Hainburg: Land stellt Hürde für neue Aufbereitungsanlage auf / Freude bei Anrainern

VON BERNHARD ICHNER

Als Teilerfolg interpretiert die Bürgerinitiative Pfaffenberg eine Entscheidung der nö. Landesregierung. Denn der positive Bescheid der Bezirkshauptmannschaft (BH) für die Errichtung einer neuen Aufbereitungsanlage im Steinbruch wurde nun in zweiter Instanz aufgehoben. Seitens der Betreiberfirma hält sich die Enttäuschung in Grenzen. Man vermutet einen Formalfehler als Grund für die Aufhebung des Bescheids. Von einem Gespräch mit der zuständigen Juristin in St. Pölten erhofft sich Prokurist Bernd Wanivenhaus Klärung.

Peter Reichel von der Bürgerinitiative ist jedenfalls erfreut über den Riegel, der der neuen Aufbereitungsanlage – die Anrainer-Vertreter sprechen von der neuen „Lkw-Verladestelle“ – vorgehoben wurde. „Dadurch werden die negativen Auswirkungen dieser Anlage auf die angrenzende Bevölkerung vorerst verhindert“, sagt er.

Konkret meint Reichel die potenzielle Erhöhung der Lkw-Kapazität auf bis zu 480



Zurzeit werden die Lkw noch mittels Bagger beladen. In Zukunft soll dies automatisch und emissionsarm geschehen

Fahrzeuge pro Tag. (Derzeit sind es etwa 250.) Vom Steinbruchbetreiber erwartet die Bürgerinitiative „ein Gesamtkonzept zur Reduktion der Feinstaubbelastung“.

„Nirgends steht, dass die neue Anlage rechtswidrig wäre“, reagiert Prokurist

Bernd Wanivenhaus relativ gelassen auf die Aufhebung des BH-Bescheids. Genaues kann er allerdings noch nicht sagen. „Soweit ich das verstehe, dürfte es sich um einen Formalfehler handeln, da es sich bei unserem Projekt nicht um eine neue Anlage, sondern um die Modernisierung einer bestehenden und bewilligten Anlage handelt.“ Klärung verspricht er sich von einem Gespräch mit der zuständigen Landesjuristin Anfang nächster Woche.

Die Kritik an der Erhöhung der Lkw-Kapazität weist Wanivenhaus entschieden zurück: „Das ist Blödsinn. Wir arbeiten innerhalb des rechtlichen Rahmens. Es gibt kein Lkw-Limit, das wir einhalten



BERNHARD ICHNER

müssten. Und 99 Prozent fahren ohnedies Richtung Wien weg. Daher belasten die Lkw die wenigsten Anrainer.“

Zur Reduktion der Staubbelastung befragt, erklärt er: „Durch die neue Aufbereitungsanlage würden die jetzigen Emissionen um 50 Prozent reduziert.“

„Das Schreiben des Landes ist sehr komplex formuliert. Wir müssen es erst juristisch analysieren.“

MARTIN STEINHAUSER

Wie die Entscheidung des Landes wirklich zu deuten ist, kann auch Bezirkshauptmann Martin Steinhauser noch nicht klar sagen. „Das Schreiben ist sehr komplex formuliert. Wir werden es bis Anfang nächster Woche juristisch analysieren. Dann gibt es eine Besprechung.“

Auskunft: Fragen ans Ministerium

Rechtsmittel Unabhängig davon, ob die Aufhebung des BH-Bescheids als Erfolg für die Bürgerinitiative bezeichnet werden kann oder nicht, haben die Anrainer-Vertreter ein bisschen Grund zur Freude. Denn wie berichtet, wandten sie sich Ende letzten Jahres Hilfe suchend an den Nationalrat. Mittlerweile tagte der zuständige parlamentarische Ausschuss und leitete ihre Anliegen an das Wirtschaftsministerium weiter. (Darunter etwa die Frage, ob der Steinbruch in Konflikt mit dem Natura-2000-Gebiet stehe.) Innerhalb von acht Wochen muss nun darauf reagiert werden.